

## Einbruchschutz durch aufmerksame Nachbarschaft

Jochen Gieck

Im Rahmen eines EU-Forschungsprojekts des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS)<sup>1</sup> wurden im Stuttgarter Norden in den Stadtteilen Killesberg, Mönchhalde, Lenzhalde, Am Bismarckturm, Weißenhof und Relenberg 2500 Bürger zum Thema Kriminalprävention befragt (vgl. Karte 1). Dabei spielten unter anderem folgende Fragestellungen eine Rolle: Wie schätzen die Befragten die Bereitschaft ihrer Nachbarn ein, bei Verdacht die Polizei zu rufen? Wie würde man selbst auf eine verdächtige Person im Wohngebiet reagieren? Und gibt es innerhalb des Untersuchungsgebietes räumliche Unterschiede?

Wie verschiedene Studien zeigen, ist eine aufmerksame Nachbarschaft ein wichtiges Mittel, um Einbrüchen vorzubeugen. Die Kölner Polizei führt alle fünf Jahre eine Studie zur Kriminalprävention durch (sogenannte

Kölner Studie) und kommt unter anderem zu folgendem Ergebnis: „Erfahrungen zeigten, dass eine positiv ausgeübte Sozialkontrolle ähnlich wirksam ist wie taugliche Sicherungstechniken.“<sup>2</sup> Das heißt, neben Investitionen in geeignete mechanische und elektronische Sicherheitstechnik<sup>3</sup> ist eine aufmerksame Nachbarschaft die zweite Säule zur Verhinderung von Einbruchdelikten.

Im Folgenden wird die Bereitschaft der Nachbarn, bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei zu verständigen, räumlich näher betrachtet. So halten in allen sechs untersuchten Stadtteilen die Befragten die Verständigung der Polizei durch Nachbarn für wahrscheinlicher als dass keine Meldung bei der Polizei erfolgt. Dennoch sind zwischen den einzelnen Stadtteilen Unterschiede zu erkennen (vgl. Abbildung 1). Während im Stadtteil

Killesberg 55 Prozent der Befragten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich halten, dass ihre Nachbarn bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei informieren, liegt dieser Wert im Stadtteil Relenberg bei 39 Prozent. Umgekehrt betrachtet, sehen im Stadtteil Killesberg nur 11 Prozent der Befragten es als unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich an, dass die Polizei informiert wird. Im Stadtteil Relenberg teilen mit 23 Prozent mehr als doppelt so viele Befragte diese negative Einschätzung.

Ein Grund für diese räumlichen Unterschiede zwischen den Stadtteilen kann in der Gebäudestruktur begründet sein. So ist auch in Stuttgart-Nord ein Zusammenhang zwischen (zunehmender) Gebäudegröße und (abnehmender) Bereitschaft die Polizei zu informieren, erkennbar. Diese Form der schwindenden Sozialkontrolle bei zunehmender Anonymität zeigen auch die Ergebnisse einer Studie des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen. Die Studie kommt unter anderem zu der Erkenntnis, dass „sich Bewohner von Häusern stärker um soziale Kontakte beziehungsweise verhaltensorientierte Schutzmaßnahmen kümmern als Bewohner von Wohnungen.“<sup>4</sup>

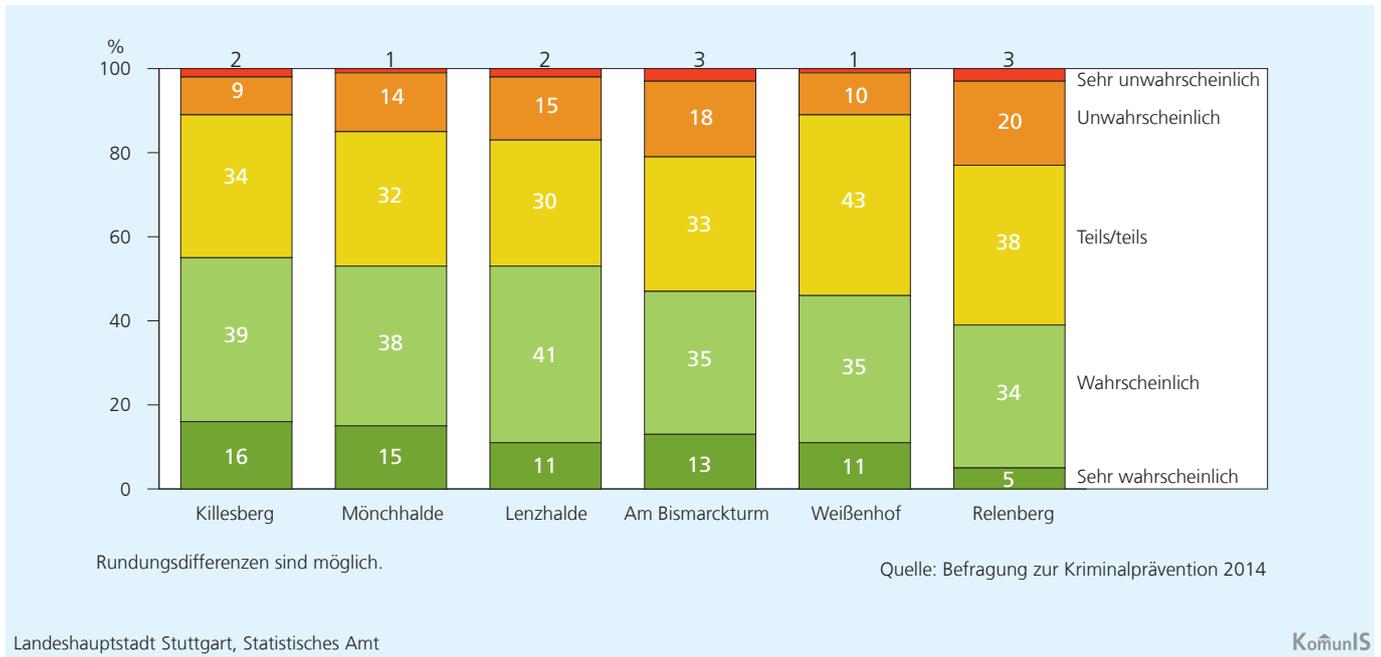
Bezogen auf die untersuchten Stadtteile lässt sich dies indirekt über den Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern abbilden. Insgesamt zeichnen sich diese Gebiete durch einen hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern aus, wobei der Stadtteil Relenberg aufgrund seiner Zentrumsnähe einen deutlich geringeren Anteil aufweist (vgl. Karte 2 b).

Beim Vergleich der Karten 2a und 2b fällt eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Gebäudestruktur und der Einschätzung, ob Nachbarn bei Bedarf die Polizei informieren, auf. In den Stadtteilen Killesberg, Weißenhof und Mönchhalde, die durch eine überwiegende Ein- und

Karte 1: Übersicht des Untersuchungsgebietes

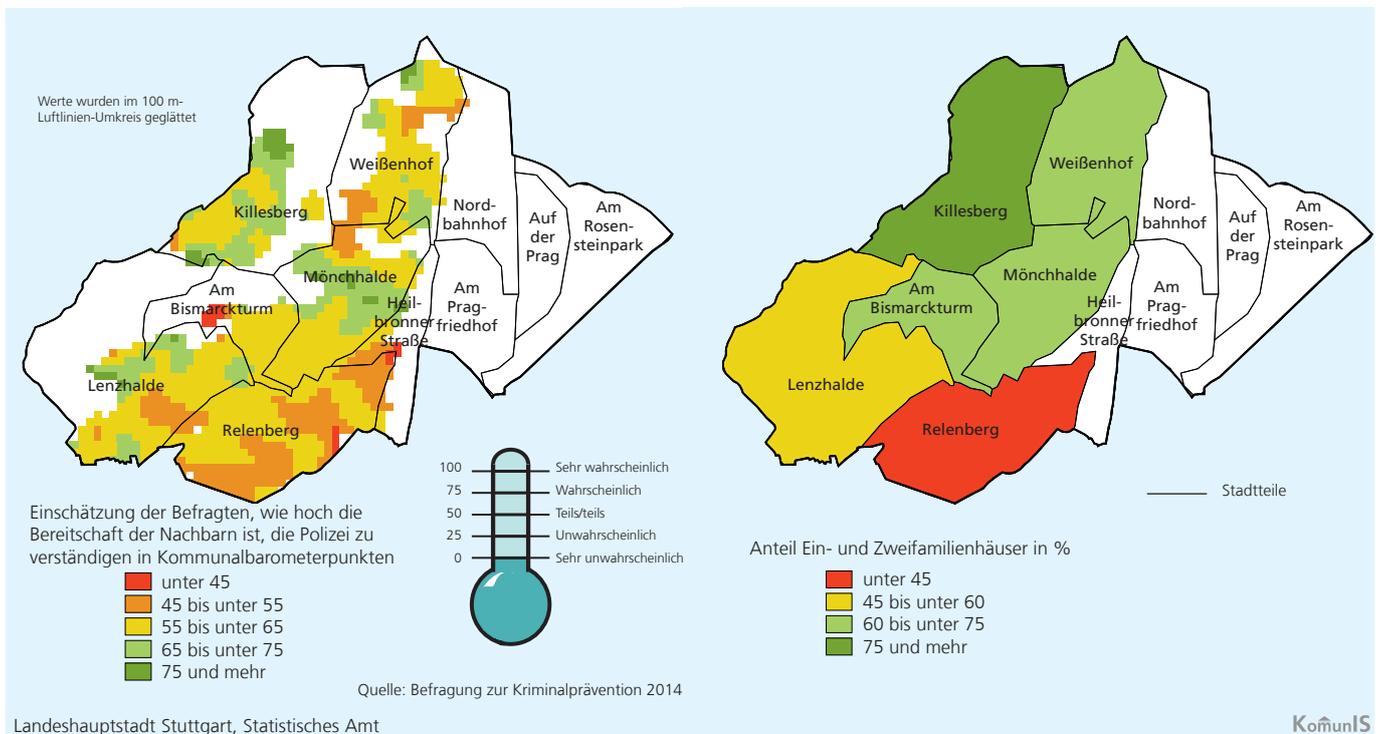


Abbildung 1: Einschätzung der Befragten, wie hoch die Bereitschaft der Nachbarn ist, die Polizei zu verständigen nach ausgewählten Stadtteilen des Stadtbezirks Stuttgart-Nord



Karte 2a: Einschätzung der Befragten, wie hoch die Bereitschaft der Nachbarn ist, die Polizei zu verständigen in ausgewählten Stadtteilen des Stadtbezirks Stuttgart-Nord

Karte 2b: Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser in ausgewählten Stadtteilen des Stadtbezirks Stuttgart-Nord



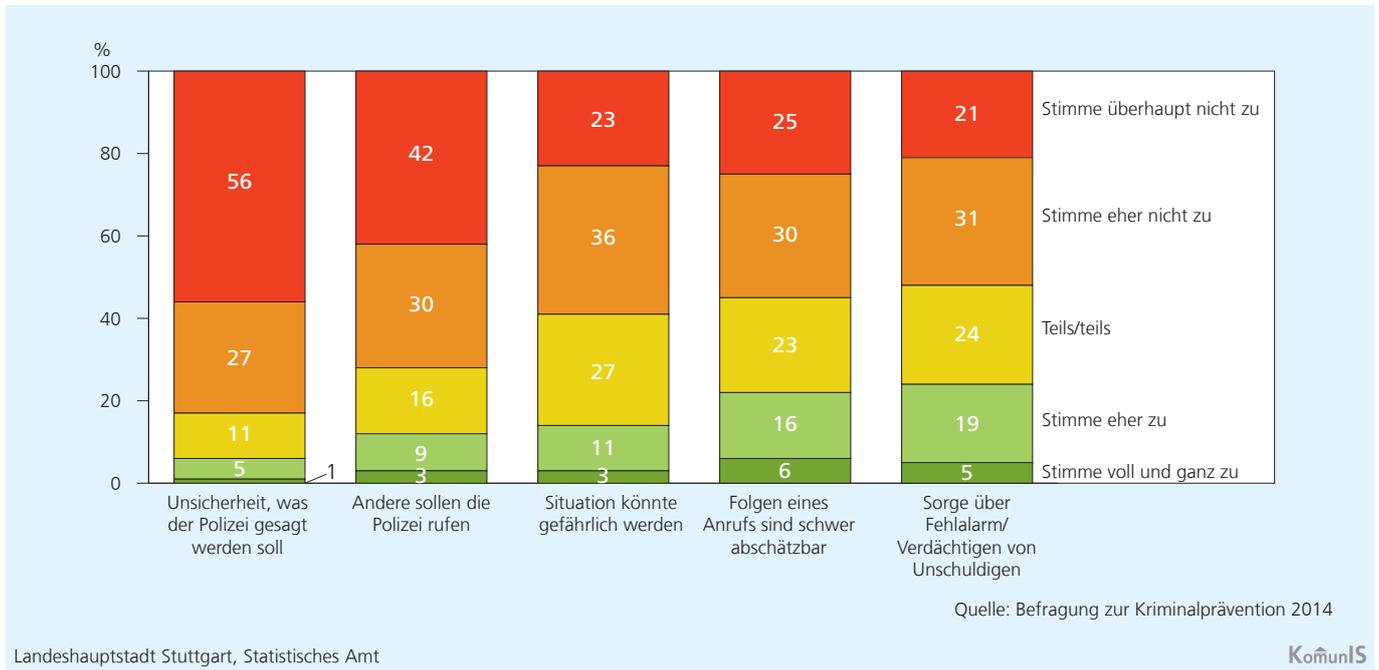
Zweifamilienhausbebauung geprägt sind (jeweils > 60 %), gehen die Befragten seltener davon aus, dass bei verdächtigen Beobachtungen der Anruf bei der Polizei unterbleibt (11-15 %). Eine Ausnahme stellt der

(kleine) Stadtteil Bismarckturm dar, in dem, trotz hohem Ein- und Zweifamilienhausanteil, die Bereitschaft der Nachbarn die Polizei zu verständigen unterdurchschnittlich eingeschätzt wird.

### Motive die Polizei nicht zu rufen

Die oben geäußerte Hoffnung, dass die Nachbarn bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei verständigen, ist durchaus realistisch. Denn erfreuli-

Abbildung 2: Motive, die die Bereitschaft senken können, bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei zu rufen



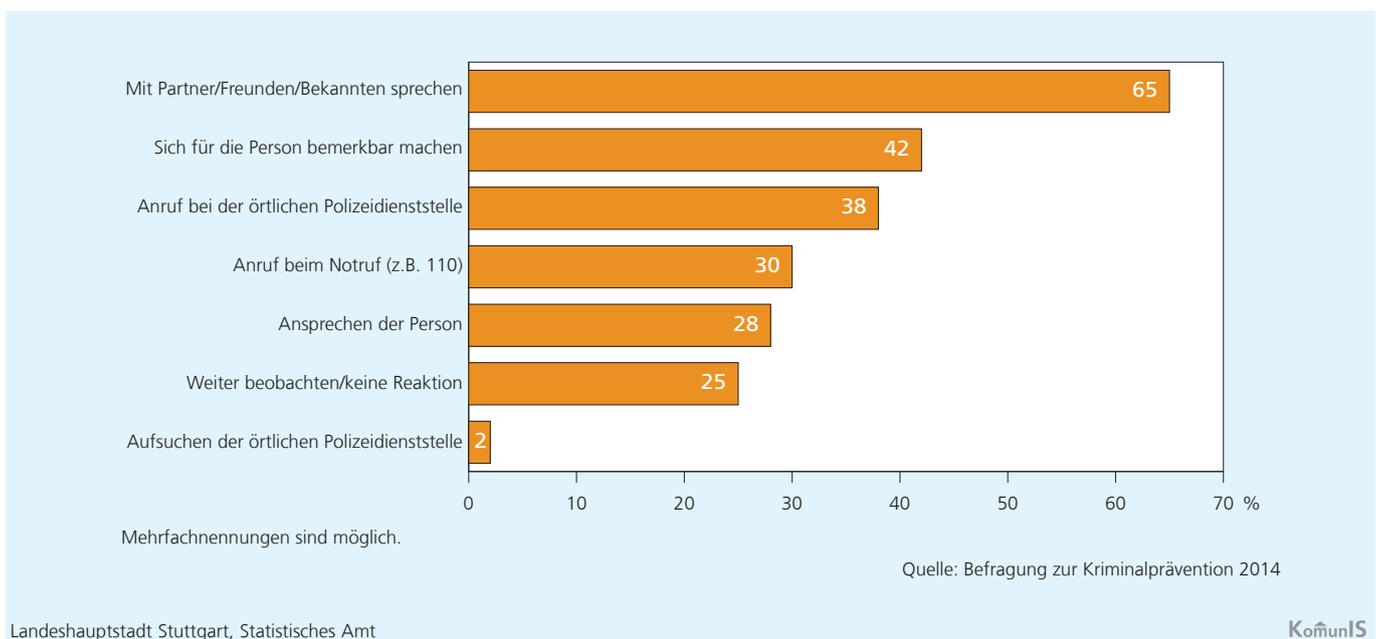
cherweise würde die Mehrheit der Befragten im Ernstfall die Polizei rufen. Allen fünf angebotenen Motiven, die den Befragten veranlassen könnten die Polizei nicht zu rufen, wird mehrheitlich nicht zugestimmt (vgl. Abbildung 2). Das geringste Hemmnis aktiv zu werden, ist die Sorge nicht zu wissen, was man der Polizei sagen sollte. Nur sechs Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage „voll und ganz zu“ oder „eher zu“. Auch die passive Hal-

tung, andere sollen die Polizei rufen, unterstützen nur 12 Prozent der Befragten. Die Sorge um die eigene Sicherheit („Die Situation könnte für mich selbst gefährlich werden“) wird von 14 Prozent, die Aussage „Die Folgen eines Anrufs sind für mich schwer abzuschätzen“ von 22 Prozent der Befragten unterstützt. Am häufigsten sorgen sich die Befragten einen Fehlalarm auszulösen oder unschuldige Personen zu verdächtigen (24 %).

### Reaktion auf eine verdächtige Person im Wohngebiet

Dies bestätigen auch die Antworten auf die Frage nach dem vermuteten Verhalten der Untersuchungsteilnehmer für den Fall, dass sie eine verdächtige Person im Wohngebiet beobachten. Neben dem Gespräch im persönlichen Umfeld, das rund zwei Drittel der Befragten suchen würden, gehen viele davon aus,

Abbildung 3: Reaktion auf eine verdächtige Person im Wohngebiet



direkt aktiv zu werden. 42 Prozent geben an, dass sie sich für die verdächtige Person bemerkbar machen würden. Etwas weniger Befragte würden die örtliche Polizeidienststelle (38 %) oder den Notruf (30 %) anrufen. Die direkte Konfrontation mit der verdächtigen Person trauen sich mehr als ein Viertel der Befragten (28 %) zu. Demgegenüber steht ein Viertel der

Antwortenden, die sich passiv verhalten und die Situation weiter beobachten oder nicht reagieren würden.

### Zusammenfassung

In den untersuchten Stuttgarter Stadtteilen sind die Nachbarn vergleichsweise aufmerksam, was unter anderem auch an der eher lockeren

Bebauung mit einem hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern liegt. Die Analyse macht erfreulicherweise deutlich, dass es in diesen Stadtteilen wenig Hemmnisse gibt, bei verdächtigen Beobachtungen die Polizei zu informieren. Insgesamt zeigt das Antwortverhalten eine ermutigende Haltung der Befragten, die sich klar von Anonymität, Desinteresse und Passivität abhebt.

- 1 <http://efus.eu/de/about-us/about-efus/public/1450/> (Abruf 15.6.2015)
- 2 Vgl. Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – Präventionswirkung von Sicherheitstechnik zum Einbruchschutz. Ergebnisse eines Workshops am 19. Mai 2005 in Ottobrunn bei München. Samsel, Knut: Untersuchungen der Polizei Köln.
- 3 Vgl. Bartz (2015).
- 4 Vgl. Landeskriminalamt NRW (2015).

### Literaturverzeichnis:

Bartz, Angelina (2015): Kriminalprävention: Investitionen in Einbruchschutzmaßnahmen; in: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 74, Monatsheft 9/2015, S. 253-262.

Landeskriminalamt NRW (2015): Kriminalitätsmonitor NRW. Wohnungseinbruch: Risikofaktoren, Anzeigeverhalten und Prävention. Düsseldorf.

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – Präventionswirkung von Sicherheitstechnik zum Einbruchschutz. Ergebnisse eines Workshops am 19. Mai 2005 in Ottobrunn bei München. Samsel, Knut: Untersuchungen der Polizei Köln.